

# Beschlussvorlage



**Vorlage Nr.:** 16-0901  
erstellt am: 29.02.2008

Abteilung: Projektmanagement, Bürgerservice und Vereine  
Verfasser/in: M. Zanger  
Aktenzeichen: L-1/2 M. Zanger

## **ICE-Neubaustrecke Frankfurt - Mannheim; hier: Machbarkeitsstudie Tunnelbau**

### **Beratungsfolge:**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Status</b>	<b>Zuständigkeit</b>
Kreisausschuss	07.04.2008	N	Vorbereitende Beschlussfassung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	11.04.2008	Ö	Vorbereitende Beschlussfassung
Kreistag	14.04.2008	Ö	Abschließende Beschlussfassung

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss/Der HFPA/Der Kreistag unterstützt die Forderung der interkommunalen Arbeitsgruppe ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim, die in der Machbarkeitsstudie des Münchener Büros PSP dargestellte Tunnellösung als einzige Umsetzungsvariante der Neubaustrecke zwischen Langwaden und Lorsch zu realisieren. An die Deutsche Bahn AG ergeht die Aufforderung, alle hierzu notwendigen Schritte einzuleiten und einen entsprechenden Planfeststellungsbeschluss zu bewirken.

Zudem wird der Beschluss gefasst, sich an den Kosten für die Erstellung der Machbarkeitsstudie sowie damit verbundenen, weiterführenden öffentlichen Präsentationen und Aktionen mit 50% der Kosten zu beteiligen. Insgesamt wird für die Maßnahmen der Region zur Realisierung der Tunnelvariante ein Kostenrahmen von 40.000 € zur Verfügung gestellt.

### **Erläuterung:**

Auf Veranlassung der Deutschen Bahn AG wurde ein Raumordnungsverfahren für den Bau der ICE-Neubaustrecke Rhein-Main/Rhein-Neckar durchgeführt.

Nach dreijähriger Planungspause hat die Deutsche Bahn AG erklärt, sie wolle die Planung für die BAB A67-Variante fortführen und ihrem Planfeststellungsantrag zugrunde legen.

Wird dieser Trassenverlauf realisiert, werden sich für die betroffene Bevölkerung wesentliche Probleme durch Lärm, Landschaftsverbrauch und Landschaftszerstörung ergeben. Das betrifft ganz besonders die Gemarkungen von Lorsch und Einhausen. Hier befindet sich das "Nadelöhr" für die Deutsche Bahn AG.

Die betroffenen Gemeinden sehen die Gefahr, dass sich bei unzureichender Berücksichtigung der o.g. Belastungsfaktoren die negativen Faktoren des Projekts in ihrem Gemarkungsbereich zu einem nicht mehr akzeptablen Ausmaß entwickeln.

Vor diesem Hintergrund tagt seit einigen Monaten in regelmäßigen Abständen ein interkommunaler Arbeitskreis zur ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim. Neben dem Kreis Bergstraße sind Mitglieder dieses Arbeitskreises: Vertreter der Städte Bensheim und Lorsch, der Gemeinde Einhausen, des Vereins Mensch vor Verkehr und der anerkannten Naturschutzverbände. Als erstes Ergebnis hat dieser Arbeitskreis Bahnchef Mehdorn im Juni letzten Jahres ein gemeinsames Positionspapier zur geplanten ICE-Neubaustrecke übergeben. Kern dieses Positionspapiers sind die gemeinsam abgestimmten Forderungen:

1. Zum Schutz der Bebauung, der Bevölkerung und der Natur, werden Untertunnelungen langer Streckenabschnitte notwendig. Bei einer Streckenführung entlang der BAB A67 ist ein Tunnel notwendig, dessen Tunnelmund im Waldbereich des Jägersburger Waldes nördlich von Langwaden beginnt und südlich hinter der Rastanlage Lorsch endet (Tunnelmund in Höhe des Lampertheimer Gscheids liegend.)
2. Jegliche Untertunnelung muss in bergmännischer Bauweise ausgeführt werden

Nur bei Umsetzung dieser Minimalforderungen wird seitens des Arbeitskreises ein reibungsloser und schneller Planungsprozess für die betroffene Region gesehen.

Ergänzend wurde in diesem Positionspapier formuliert:

- Der Trassenverlauf ist so zu gestalten, dass er flächensparend und naturverträglich ausgeführt wird und die Lebensqualität von Mensch und Natur nicht beeinträchtigt. Hierzu ist der Trassenverlauf maximal zu bündeln. Flächenverinselung ist zu minimieren und NATURA2000-Gebiete und -Arten sind größtmöglich zu schonen. Die Schaffung westexponierter Waldränder ist zu vermeiden. Der naturschutzrechtliche Ausgleich muss zeit- und eingriffsnah erfolgen.
- Der Schutz des UNESCO-Geoparks Bergstraße-Odenwald ist zwingend zu gewährleisten; sein Status darf nicht gefährdet werden. Gleiches gilt auch für das UNESCO-Weltkulturerbe Kloster Lorsch.
- Zum Schutz der in der Region lebenden Menschen, ist auf beste Lärmabschirmung - auch über das gesetzlich erforderliche Mindestmaß hinaus - zu achten. Die bestehenden Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen, die bestehenden Eisenbahntrassen der Ried- und der Rhein-Neckar-Bahn sowie der Flughafen verursachen bereits einen hohen Dauerlärmpegel. Die Lärmabschirmung muss der Summationswirkung Rechnung tragen.
- Das Grundwasserproblem muss so gelöst werden, dass weder eine Verunreinigung des südhessischen Wasserreservoirs erfolgt, noch Grundwasserabsenkungen einerseits oder Vernässungen andererseits eintreten.

Nach der Vorlage des Positionspapiers hat der Arbeitskreis die Forderung nach einer Tunnelvariante im Rahmen einer Machbarkeitsstudie auf ihre Realisierungsmöglichkeit untersuchen lassen. Hierzu wurde von der Entwicklungsgesellschaft Lorsch das Ingenieurbüro PSP aus München mit der Erarbeitung einer Studie beauftragt.

Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass ein parallel der A 67 verlaufender Tunnel, der auf der Höhe von Langwaden beginnt und südlich der Raststätte von Lorsch endet, technisch realisiert werden kann. Genauere Details hierzu können der beigefügten Machbarkeitsstudie entnommen werden.

Zwischenzeitlich wurde diese Studie der Deutschen Bahn AG übergeben.

Die Entwicklungsgesellschaft Lorsch bittet den Kreis Bergstraße um eine Kostenbeteiligung an den für die Machbarkeitsstudie angefallenen Kosten. Ebenso wird die Bereitschaft angefragt, sich finanziell an weiterführenden Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen.

Die bisherigen Kosten für die Erstellung der Studie belaufen sich auf 29.500 € netto.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Die Mittel für das Produkt „5045/Regionale Zusammenarbeit“ sollen über den Nachtragshaushalt 2008 um die Summe von 40.000 € erhöht werden.

### **Anlagen:**

Machbarkeitsstudie Tunnellösung, Büro PSP, München